

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/69 - 23. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Bericht über die Lage der Mittelschichten"</u> Von Erwin Lange, MdB	101
3 - 4	<u>Kommt Nenni ins Spiel?</u> Lösung der Regierungskrise liegt bei der "Democrazia Cristiana" Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	86
5	<u>Asylrecht - ein Menschenrecht</u> Bestrebungen der UNO um eine einheitliche Definition	48
6	<u>Hier irrt Herr Croseman</u> Deutsche Spaltung als Dauerzustand ? Ein verfehlter Vorschlag	26
6	<u>Vertiefung des Grabens</u> Hat Ulbricht freie Hand?	25

* * *
* *

"Bericht über die Lage der Mittelschichten"

Von Erwin Lange, MdB

Der Bundestag hat entsprechend dem Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, dem Bundestag einen umfassenden Bericht über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der in Handwerk, Handel, übrigen Gewerbe (einschließlich der kleinen und mittleren Industrie) und in den freien Berufen selbständig Tätigen und der bei diesen oder in deren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer vorzulegen. Der Termin für die Vorlage dieses Berichtes ist der 31. März 1960.

Man mag bedauern, daß der Bericht nicht schon früher vorgelegt werden konnte. Es ist trotzdem bedeutsam, daß das ganze Parlament sich zu einem solchen Beschluß verstanden hat. Wenn auch die CDU/CSU zuerst irgendwelche Pferdefüße verwaltungswirtschaftlicher Art in dem Antrag entdecken zu müssen glaubte, so hat sie sich doch davon überzeugen lassen müssen, daß solche Absichten bei den Sozialdemokraten einfach nicht vorhanden waren und auch bei ihrer Grundeinstellung nicht vorhanden sein können.

Mit gelegentlichen Hilfen ist nichts erreicht

Man darf vermuten, daß nicht nur die Fraktionen des Bundestages diesen Bericht mit einiger Spannung erwarten. Man darf ebenso annehmen, daß die hier in Rede stehenden Bevölkerungsgruppen und ihre Wirtschafts- und Fachorganisationen mit einiger Erwartung auf den Zeitpunkt blicken, an dem der Bericht vorgelegt werden soll. Das um so mehr, da ja der Bericht, der sicher noch nicht allumfassend sein wird, immerhin in einigen entscheidenden Punkten erkennen lassen wird oder erkennen lassen muß, wie sich die Bundesregierung die künftige Politik gegenüber den Mittelschichten vorstellt.

Es wird sich zeigen, ob die Bundesregierung diesen Bericht und seine notwendigen Ergänzungen als die Grundlage für ein geschlossenes Mittelschichtenprogramm ansehen will. Die bisherige Politik der gelegentlichen unorganischen Hilfen wird sich jedenfalls im Anschluß an den Bericht über die Lage der Mittelschichten nicht mehr fortsetzen lassen. Das bedeutet, daß weder Regierung noch Parlament Maßnahmen gesetzlicher oder allgemeinerpolitischer Art beschließen können oder dürfen, weil sie eine oder andere Sorge der Mittelschichten als besonders drückend und deshalb Änderungsbedürftig empfunden wird.

Künftig wird man zwei Bündel von Maßnahmen unterscheiden müssen:

1. Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art,
2. Maßnahmen sozialpolitischer Art.

Zu den Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art gehören alle diejenigen Maßnahmen, die unter Anerkennung der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Gruppen und ihrer Betriebe und Unternehmen die Benachteiligungen in der wirtschaftlichen Betätigung ausräumen oder weitgehend abschwächen, die diese Gruppen gegenüber den kapitalwertenden Unternehmen oder Großwirtschaft bisher haben hinnehmen müssen. Solche Maßnahmen können den Kreis der Mittelschichten positiv berühren. Hierunter verstehen wir alle gesetzlichen und exekutiven Maßnahmen der Kredit- und Investitionspolitik, die ausreichende Kreditversorgung zu erträglichen Bedingungen sicherstellen. Hierher gehören

auch alle steuergesetzlichen und -politischen Maßnahmen, die heute vorhandene willkürliche Wettbewerbsnachteile (wie bei der Umsatz- und Gewerbesteuer) ausräumen. Ebenso ist unter solchen positiven Maßnahmen zu verstehen, daß die öffentliche Hand die Forschungsaufgaben und damit verbundenen Gewerbeförderungsmaßnahmen für die Mittelschichten finanziert und einseitig mit den entsprechenden Organisationen zusammenarbeitende Einrichtung in Gestalt eines umfassenden Mittelschichten-Institutes schafft.

Mittelschichten und Großunternehmungen

Neben den hier angedeuteten positiven, d.h. unmittelbar für die Mittelschichten wirkend, ohne andere Gruppen zu beeinträchtigen, gibt es die sogenannten negativen Maßnahmen, die gegenüber Dritten angesetzt werden und so mittelbar zur Verbesserung der Ausgangsposition der Mittelschichten beitragen. Solche Maßnahmen können im Rahmen des Kartellgesetzes zur Einengung mono- oder oligopolistischer Marktstellungen marktbeherrschender Unternehmen ergriffen werden. Gleiches gilt für Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung, die durch Preisbindung der zweiten Hand oder individuelle Knebelungsverträge die Angehörigen der Mittelschichten in ihrer auf eigener Entscheidung beruhenden selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit einengen oder gar abhängig machen wollen. Beispiele dafür gibt es zur Genüge. Hierher gehört auch alles, was im Gesellschaftsrecht zur Verbesserung der Publizität und der Firmenwahrheit und -klarheit geschehen kann. Dieses gilt ohne Rücksicht darauf, ob es sich bei den Großunternehmen in unserer Volkswirtschaft um anonyme Kapital- oder um Personalgesellschaften handelt.

Zu den Maßnahmen sozialpolitischer Art gehören alle diejenigen Maßnahmen, die den Angehörigen der Mittelschichten im Rahmen der technischen Entwicklung die Umstellung und die Umschulung auf andere Tätigkeiten und Berufsinhalte ermöglichen, sofern ihr alter Beruf oder ihre bisherige Tätigkeit durch die technische Entwicklung ausgehöhlt und zum Absterben verurteilt wird. Auf dieser Art und Weise sollen soziale Härten aus der wirtschaftlich-technischen Entwicklung vermieden werden.

Des weiteren gehört selbstverständlich zu den sozialpolitischen Maßnahmen eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Alterssicherung der Selbständigen aller Gruppen. Denn nach einem arbeitsreichen Leben muß auch dem Selbständigen ein sorgenfreier Lebensabend sicher sein.

Blick über den Zaun

Wir haben hier nur angedeutet, was sicherlich im Zusammenhang mit dem von der Regierung vorzulegenden Bericht in Parlament und Öffentlichkeit erörtert worden wird. Wir möchten nur wünschen, daß die Regierung und wir alle bei der Behandlung dieses ganzen Fragenkreises auch einen Blick über unseren Zaun tun in Länder mit vergleichbarer oder annähernd vergleichbarer wirtschaftlicher Struktur. Wir denken hierbei insbesondere an die in anderen Zusammenhängen als Muster wirtschaftlichen Wohlverhaltens von der Bundesregierung und der CDU/CSU angeführten Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es gibt dort in der Tat Einrichtungen auf dem Gebiete der Mittelschichtenpolitik und auch der Bekämpfung der Kartelle und Monopole, die wir uns durchaus genauer ansehen dürften. Hoffentlich hindert der unseren Volke eingegebene Aberglaube, nur bei uns selbst sei alles in Ordnung, Regierung und Parlament nicht, das Erforderliche zu tun.

Kommt Nenni ins Spiel?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die heutige politische Krise in Italien ist die schwerste seit Kriegsende; ihre Lösung benötigt auch weit mehr Zeit als die vorangegangene.

Das Zentrum der jetzigen Regierungskrise liegt in der "Democrazia Cristiana". Die Christlichdemokraten stehen vor der schwierigen Aufgabe, wählen zu müssen, ob sie im Parlament eine Mehrheit wollen, die sich auf ihre Allianz mit den Rechtsparteien stützt, oder eine Mehrheit wünschen, die von ihrer Zusammenarbeit mit dem "demokratischen Zentrum" (Sozialdemokraten und Republikaner) abhängt. Diese Lösung bedarf jedoch der indirekten Unterstützung der Linksozialisten, um stabil zu sein.

Jede dieser beiden Möglichkeiten stößt auf Widerstand von einflußreichen Gruppen innerhalb und außerhalb der DC. Seit Jahren erweckt die politische Linie der "Democrazia Cristiana" den Eindruck, sehr schwanken zu verlaufen und nicht aus einer gewissen Zweideutigkeit herauskommen zu können oder zu wollen. Die Antwort auf die Frage, weshalb die DC nicht mehr den geraden und sicheren Kurs der "Ära De Gasperi" einhalten kann, ist einfach: Seit Jahren sind die italienischen Christlichdemokraten unter sich uneinig, und ihre Partei weist tiefe Spalten auf. Das ganze außer- und innerpolitische Bild hat sich seit dem Tode De Gasperis wesentlich verändert; deshalb läßt sich heute in Italien die von De Gasperi lancierte Formel des Viererparteien-Systems nicht ohne weiteres wieder anwenden. Auch ist heute die "apertura a sinistra", das heißt die Erweiterung der Parlamentsmehrheit bis zu den Linksozialisten Nennis, das am meisten diskutierte Problem. Die "Democrazia Cristiana" kann ihm nicht ausweichen.

Die heutige Krise ist auch deshalb schwieriger zu lösen, weil diesmal auch andere, nur indirekt mit ihr verbundene Faktoren, eine nicht unbedeutende Rolle spielen. So zum Beispiel das Verhalten des Präsidenten der Republik, Gronchi. Gronchi - der zum linken Flügel der DC gehörte und, gegen den Willen der DC, 1955 zum Präsidenten gewählt worden ist - gibt mit seiner Interpretierung des hohen Amtes und der Verfassung immer wieder Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der "Democrazia Cristiana". Es ist ein offenes Geheimnis, daß Gronchi versucht, eine aus DC, Republikaner und Sozialdemokraten zusammengesetzte Regierung zu fördern, die diesmal von den Linksozialisten indirekt unterstützt werden sollte. Es wäre zweifellos der erste Schritt, um in nächster Zukunft eine Regierung, gebildet aus DC und Linksozialisten, zustandezubringen. Aus alledem ist ein ernster Kompetenzkonflikt zwischen Gronchi und der Regierung entstanden.

Auf die Entscheidung der DC über die "Azione Cattolica" und die Kirche einen nicht zu unterschätzenden Einfluß aus. Der "Quotidiano", das Organ der "Azione Cattolica", mahnte wiederholt in diesen Tagen vor einer direkten oder indirekten Zusammenarbeit mit den Linksozia-

listen. Pella und Scelba scheinen diese Linie zu teilen. Gerade in diesen Tagen ist ein Artikel aus der Feder des früheren Außenministers Pella erschienen, der einen scharfen Angriff gegen die "Demobilisation des Antikommunismus" enthält. Die Linksozialisten, so schreibt Pella, seien in den Gemeindeverwaltungen und in den Gewerkschaften Alliierte der Kommunisten. Auch zielten die Linksozialisten auf die Neutralität Italiens hinaus, auch wenn sie nicht mehr den Bruch des Atlantikpaktes verlangen. Aus diesen Gründen allein dürfe die DC auf keinen Fall die Unterstützung Nennis annehmen. Wie groß das Zerwürfnis innerhalb der DC ist, geht allein aus der Erklärung eines anderen christlichdemokratischen Abgeordneten hervor. Dieser gab bekannt, daß er und seine Freunde (ca. 80 Deputierte) gegen die Regierung stimmen würden, falls sie beschließen sollte, die indirekte Hilfe Nennis anzunehmen.

Saragat arbeitet mit Eifer auf die Bildung einer Regierung des demokratischen Zentrums hin. Er hat der DC deutlich zu verstehen gegeben; daß die Sozialdemokraten nur dann für eine Regierung zu haben seien, wenn diese ein Programm ausarbeite, das auch von den Linksozialisten angenommen werden könnte.

Innerhalb der Sozialistischen Partei herrscht eine gewisse Unstimmigkeit darüber, daß die Linksozialisten nun gezwungen seien, das "Patronat" Saragat anzunehmen. Doch es ist vorauszusehen, daß die Mehrheit der Linksozialisten den Kurs Nennis billigen wird. Dieser macht seine indirekte Unterstützung vom Regierungsprogramm abhängig. Nenni fordert

- 1) die Nationalisierung der elektrischen und nuklearen Energiequellen,
- 2) eine Schulreform und
- 3) die Einführung der Regionen.

Aber in Kreisen, die den Linksozialisten nahestehen, heißt es, daß ein Teil der Partei nicht so unversöhnlich sei mit dem, was das Regierungsprogramm betrifft; dieser nicht unbedeutende Teil der Sozialisten lege - genau wie Saragat - eher auf die Regierungsformel Gewicht.

Das politische Manöver der DC spielt sich heute auf zwei Geleise ab. Die "Linie Moro" möchte die Linksozialisten einmal auf die Probe stellen, ohne sich allzusehr auf ein "fortschrittliches Programm" festzulegen. Moro zielt zweifellos auf eine entscheidende Trennung Nennis von den Kommunisten hin. Zur Stunde hält sich die DC immer noch den Rückzug auf die Politik des rechten Zentrums offen, die eigentlich in der Tradition der italienischen Katholiken liegt.

+ + +

Asylrecht - ein Menschenrecht

B.K. - Die in der Erklärung der Menschenrechte niedergelegten demokratischen Grundsätze sind zwar auch für die Bürger von Diktaturstaaten von grosser moralischer Bedeutung, aber sie bleiben solange ohne praktische Wirkung, als es keine Möglichkeit gibt, sich für deren Anerkennung einzusetzen und sich nötigenfalls der politischen, religiösen oder rassistischen Verfolgung durch Flucht zu entziehen. Deshalb beansprucht das Asylrecht - als Recht des Individuums, in einem anderen Lande Aufnahme zu finden und als Recht und Pflicht der Staaten, Verfolgten Einlass zu gewähren - im System der Menschenrechte einen zentralen Platz. An Beispielen zur Veranschaulichung dieses Problems fehlt es wahrhaftig nicht.

Unter Bezugnahme auf den Artikel 14 der Erklärung der Menschenrechte hat die Menschenrechtskommission der UNO seit 1957 die Ausarbeitung einer Erklärung über das Asylrecht studiert, die dann später als Resolution der Generalversammlung der UNO verbindlicheren Charakter erhalten soll. Nach mühseligen Verhandlungen ist es der Kommission soeben gelungen, einstimmig bei drei Enthaltungen (UdSSR, Ukraine, Polen) eine Erklärung zu bereinigen, die als erfreulicher Fortschritt gewertet werden darf. Wenn schon die Ausarbeitung nationaler Gesetze oft jahrelange Arbeit erfordert, wird man der universalen Kodifizierung der Menschenrechte auch gewisse Fristen zugestehen müssen.

Die Erklärung enthält folgende wichtigsten Grundsätze: Das von einem Staat gewährte Asylrecht muss von allen anderen Staaten respektiert werden. Die internationale Gemeinschaft muss sich um die Lage derjenigen, die ihr Land wegen Verfolgung oder aus berechtigter Furcht vor Verfolgung verlassen müssen, kümmern. Wenn es für einen Staat schwierig wird, weiterhin Asyl zu gewähren, müssen die übrigen Staaten Solidarität mit ihm üben.

Niemand, der Asyl sucht oder Asyl genießt, darf, ausser aus "höheren Gründen der nationalen Sicherheit oder des Schutzes der Bevölkerung", an den Grenzen zurückgewiesen oder aus dem Lande ausgewiesen werden, wenn dadurch der Asylsuchende weiterhin Verfolgungen ausgesetzt wäre. Auf jeden Fall muss ein provisorisches Asyl gewährt werden, damit die bedrohten Personen Gelegenheit haben, in einem anderen Lande Zuflucht zu finden. Jedermann hat auch das Recht, in seine Heimat zurückzukehren.

Die einschränkende Klausel betreffend die "höheren Gründe der nationalen Sicherheit" wurde auf Wunsch Indiens, des Libanon und des Irak aufgenommen, die befürchteten, im Falle eines Massenzustromes von Flüchtlingen den dadurch entstehenden Aufgaben nicht mehr gewachsen zu sein. Andererseits stuerte die Sowjetdelegation nach einem Bekenntnis zum Asylrecht als einem "wichtigen Grundsatz der Demokratie", der in der Staatsverfassung verankert ist, auf eine Vertagung der Angelegenheit los, womit sie sich selbst der Möglichkeit konstruktiver Mitberatung beraubte.

Mit der "Erklärung über das Asylrecht" wurde nun die Grundlage für eine spätere rechtsverbindliche Regelung geschaffen.

Hier irrt Herr Crossman

sp - Der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossman, ein ehrenwerter Mann, der in seiner Vergangenheit meist bemüht war, das Deutschland-Problem mit allen seinen historischen und politisch-aktuellen Aspekten zu sehen, hat jetzt empfohlen, man solle die sogenannte DDR anerkennen, um dafür von den Russen eine Garantie des Status in Berlin einzuhandeln. Crossman irrt, wenn er glaubt, daß durch die Anerkennung der Spaltung Deutschlands - worauf sein Vorschlag hinausläuft - die Ost-West-Spannung in Europa vermindert werden könnte. Er irrt auch, wenn er meint, man könne irgendwelche politischen Probleme in Europa dadurch lösen, daß man aus Berlin eine Insel macht. Die Spaltung eines Landes und einer Nation ist seit Menschengedenken immer die Ursache für große politische Krisen gewesen. Deswegen hat der demokratische Sozialismus stets jede Form des Separatismus verurteilt und überall dort, wo er die politische Macht dazu hatte, geholfen, den Separatismus zu überwinden. Wo dies nicht gelang, wurden die Völker in einen Strudel von Konflikten aller Art hineingerissen. Auch der Inselstatus bestimmter Territorien war stets der Ausgangspunkt heftiger Auseinandersetzungen. Das erlebte die Welt mit Danzig und später mit Triest. Deshalb ist Crossmans Vorschlag nicht - wie er sagt - "etwas Positives", sondern negativ. Er würde bei seiner Realisierung die Probleme in Europa nicht lösen, sondern komplizieren. Die Lösung des Berlin- und Deutschland-Problems ist nach so vielen verpaßten Gelegenheiten heute wahrscheinlich nur noch möglich, wenn alle Beteiligten dazu übergehen, einen Weg zu suchen, der unter Berücksichtigung historischer Tatbestände Spannungsursachen vermindert und einem Volke in Herzen Europas das Recht einräumt, als Nation existieren zu können.

+ + +

Vertiefung des Grabens

sp - In allen mit Berlin zusammenhängenden Fragen, die die Beziehung der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten berühren, muß sich Walter Ulbricht einer gewissen Zurückhaltung hefleißigen. Greift er zu weit vor, wird er von Moskau zurückgepiffen. Moskau legt Pankow, sofern es taktisch geboten erscheint, Zügel an; es will sich das kommende große Gespräch mit den Vereinigten Staaten durch Pankower Fehl- und Mißgriffe nicht verderben lassen. Umso ungemehmer tobt sich Ulbricht in seinem eigenen Machtbereich aus, ohne hier auf Moskaus Einsprüche oder Proteste zu stoßen. Der offene Terror, mit dem jetzt die Bauern Mitteldeutschlands zur Aufgabe ihres Eigentums gezwungen werden, ist ein flagranter Bruch der Menschenrechte. Die unterdrückten Bauern haben nicht die Möglichkeit, sich gegen das Leid, das ihnen zugefügt wird, zu wenden. Nur die wenigsten können und wollen fliehen. Dieser Terrorismus findet seinen Niederschlag in zahlreichen Selbstmorden von Bauern, die lieber den Tod wählen, als als Sklaven in einer Kolchosa weiterzuleben. Eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes spielt sich heute in Mitteldeutschland ab. Ihre Urheber wollen damit den Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands vertiefen und die letzten Reste von unabhängigen, nicht direkt dem Staate unterworfenen Existenzen beseitigen. Die völlige Angleichung an sowjetische Lebensbedingungen und Lebensformen, wie sie die Herren in Pankow erstreben, steht in krassen Widerspruch zu der von Moskau verfolgten Politik der Entspannung. Sie macht die Wiedervereinigung noch schwieriger, oder, was vielleicht noch schwerer wiegt, sie züchtet gegen die Werkzeuge einer fremden Staatsmacht einen Hass, der nichts Gutes für die Zukunft verspricht. Übersieht das Moskau? Das ganze deutsche Volk fühlt sich den Bauern Mitteldeutschlands verbunden. Stellvertretend für diese Unterdrückten erhebt es seinen Protest gegen den von SED-Staat praktizierten Terror.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel